

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Anträger pro Quartal Mk. 1 55
durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Anträger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

**Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wilsenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.**

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 14.

Donnerstag, den 17. Januar 1907.

57. Jahrgang.

Ein englisches Blatt

schrieb vor wenigen Tagen, man könne nur wünschen, daß recht viel Sozialdemokraten in den deutschen Reichstag gewählt würden. Dann würde Deutschland sowohl seine Flotte als auch seine Kolonien sehr bald aufgeben.

Deutsche Wähler! Gehen Euch nicht die Augen auf?

Seht Ihr nicht, wohin es mit Deutschland kommen wird, wenn Sozialdemokratie und Zentrum vereint ans Ruder gelangen! Politische Ohnmacht, wirtschaftlicher Niedergang werden uns beschieden sein, wenn der Wunsch des Auslandes in Erfüllung geht. Daß es nicht dahin kommt, steht bei Euch! Ist Euch die Stimme des neidischen Auslandes nicht Warnung genug?

Wählt daher alle Dr. Clauss!

Die Wassersteuer und die Elektromotorenrente für die Monate Oktober bis mit
Dezember 1906 sind nunmehr spätestens bis zum

29. Januar 1907

zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung an die Stadtsteuereinnahme Rat-
haus, Zimmer Nr. 5, zu bezahlen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 15. Januar 1907.

Dr. Volkler, Bürgermeister.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß

Herr Schlossermeister Ewald Lange

als

Branddirektor

auf die Zeit vom 1. Januar 1907 — 31. Dezember 1911 in Pflicht genommen worden ist.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 16. Januar 1907.

Dr. Volkler, Bürgermeister.

Bekanntmachung

Die Gewerkekammer zu Chemnitz wird für das Jahr 1907 zur Deckung ihrer Bedürfnisse
wiederum einen Beitrag von 2 Pfennigen auf jede Mark der Einkommensteuer nach Spalte
d erheben.

Chemnitz, den 14. Januar 1907.

Die Gewerkekammer.

Jäger

Dr. Höpfer, Syndikus.

Das neue sächsische Wahlgesetz.

Die beiden sächsischen Regierungsblätter melden heute übereinstimmend, daß der Entwurf des neuen Wahlgesetzes für die Zweite Kammer der Ständeversammlung bereits vor-
liegt und in seinen wesentlichen Grundlagen auch im Schöße der Regierung Annahme gefunden habe. Es wird hinzugefügt, daß der Minister des Innern Dr. Graf von Hohenhausen und Bergen an-
der von ihm wiederholt ausgesprochenen Absicht un-
bedingt festhalte, den Entwurf des neuen Wahlge-
setzes dem Landtage sobald wie möglich, das heißt
sofort, bei dessen im Herbst zu erwartendem
Zusammentritt, zur Beschlußfassung vor-
zuliegen.

Das ist eine Nachricht, die zwar nicht über-
mäßig überraschend kommt, weil die Tatsache der
Einbringung eines neuen Wahlgesetzes durch
den neuen Minister schon längst feststand, aber doch
mit besonderer Freude erfüllen muß, wenn
man sieht, wie im gegenwärtigen Reichstagswahl-
kampfe die bisher fehlende amtliche Auskunft über
die sächsische Wahlrechtsreform zu allerlei gewagter
Agitationsmitteln ausgenutzt wurde. Aber auch

sonst kann man mit Genugtuung die amtlich
Publikation begrüßen; ist es doch hinreichend be-
kannt, daß die Unzufriedenheit mit dem bestehenden
Wahlrecht, das seinerzeit gewissermaßen als Notbe-
delf geschaffen wurde, im ganzen Lande eine ziem-
lich bedeutende ist.

In welchen Bahnen sich das neue Wahlrecht
bewegen wird, darüber läßt sich heute selbstständig
nicht urteilen. Jedenfalls steht aber das ein-
fest, daß alle im Landtage vertretenen Parteien die
beste Absicht haben, an die neue Regierungsvorlage
mit Vertrauen heranzutreten und sie nach allen
Richtungen hin auf ihre Durchführbarkeit und ihre
Gerechtigkeit zu prüfen. Die Abgeordneten dürften
der Regierungsvorlage auch dann die Zustimmung
geben, wenn, wie man erwarten kann, das vorge-
schlagene Wahlverfahren auf liberaleren
Grundsätzen aufzubauen ist, wie das
bei dem gegenwärtigen Wahlrecht der Fall ist. Frei-
lich, an die Einführung des Reichstagswahlrechts
für den sächsischen Landtag ist nun und nimmer zu
denken, da die Zweite Kammer mit Sozialdemokratie
überwimmelt und die übrigen Berufsgruppen in ihrer
Vertretung an die Wand gedrückt werden würden.
Das festzustellen, erscheint im gegenwärtigen Moment
notwendig. Bei gutem Willen — und der war im
letzten Landtage wahrlich reichlich vorhanden und

dürfte wohl auch dem zukünftigen Landtage nicht
fehlen — wird sich hoffentlich auch ein gangbarer
Weg auf der mittleren Linie finden lassen. Und
darum begrüßen wir die amtliche Ankündigung,
daß ein Wahlrechtsentwurf bereits vorhanden ist,
mit doppelter Genugtuung.

Zum Reichstagswahlkampf.

Unter der Überschrift „Zur Reichstags-
wahl“ erlärte die „Sächsische Industrie“ in
ihrer letzten Nummer vom 10. Januar d. J. folgen-
den beherzigenswerten Aufruf: „In der letzten
Hauptversammlung der Ortsgruppe Plauen des Ver-
bandes Sächsischer Industrieller hat der Vorsitzende
der Ortsgruppe Plauen i. V., Herr Fabritschke,
Uebel, eine äußerst wichtige Anregung gegeben, die
in den weitesten Kreisen der sächsischen Industrie
Beachtung verdient. Bekanntlich ist die Wahl-
beteiligung gerade auf bürgerlicher
Seite vielfach bei weitem nicht so hoch, wie auf Seiten
der Sozialdemokratie, und ein großer Teil derjenigen,
die nicht an der Wahlurne erscheinen, dürfte aus Un-
kenntnis der Wahlverfahren und der in-
dustrieller Reise bestehen, die ihr Beruf vielfach
zwingt, Reisen zu unternehmen, die sie außerhalb
ihres ständigen Wohnortes führen. Aus diesem
Grunde muß an die sächsische Industrie die dringende
Anforderung gerichtet werden, unter allen Umständen
dafür zu sorgen, daß die Chefs der Unternehmungen
sowie die kaufmännischen Angestellten an dem Tage
der Wahl unbedingt an ihrem Wohnort
anwesend sind, um ihr Wahlrecht ausüben zu
können, was sich bei Einteilung der Reisepositionen
in den meisten Fällen ohne Schwierigkeiten ermög-
lichen lassen wird. Ebenso ist darauf hinzuweisen,
daß es sich dringend empfiehlt, allen Angestellten
für die Vormittagsstunden Urlaub
zu geben, um ihr Wahlrecht ausüben zu können,
am dies nicht während der Mittagspause infolge
Zeitmangels oder aus Bequemlichkeit vergessen wird.
Alle Industriellen sollen ferner dafür sorgen, daß
von anderer Seite diesen Bestimmungen ebenfalls
Rechnung getragen wird, indem sie auf etwaige An-
kündigungen von Besuchen der Reisen ein darauf hin-
weisen, daß sie am Wahltag keinem Reisen
etwas ablaufen. Auf diese Weise wird
jedem Interesse daran erlahmen, die Reisenden gerade
am Wahltag hinauszuweisen. Wir empfehlen diese
Anregung allen Mitgliedern unseres Verbandes dri-
ngent zur Berücksichtigung.“

„Der genasführte Reichstag“ — so
lautete gestern die Überschrift des Leitartikels der
„Volksstimme“, in welchem mit viel Begehren,
gestützt auf den Brief eines Schutztrupplers, die Be-

hauptung wiederholt wird, daß die Waffen-
streckung der Bondelzwards schon vor
dem 13. Dezember bekannt gewesen
und daß die Regierung den Reichstag durch Vorenthaltung
dieser Tatsache irreführt habe. Wir haben — so
schreibt heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ — an unseren
früheren Feststellungen in dieser Sache nichts zu
ändern. Die Unterwerfung ist tatsächlich erst an
dem von uns mitgeteilten Termin erfolgt. Daß
bereits monatelange Verhandlungen vorhergegangen
sind, ist nie bestritten, auch mehrfach dem Reichstage
zur Kenntnis gebracht worden. Der Beginn dieser
Verhandlungen fällt in den Oktober, wenn und ob
überhaupt sie zum Ziele führen würden, konnte bei
der in allen Berichten betonten Unberechenbarkeit
der Hottentotten niemand übersehen, und war am
13. Dezember noch völlig im Dunkeln. Kurz vor
der entscheidenden Verhandlung im Reichstage hatte
die Regierung sich durch telegraphische Anfrage bei
dem Kommandeur der Schutztruppe in Südwestafrika
vergewissert, welche Truppenstärke unumgänglich
notwendig wäre. Am 10. Dezember ging das Ant-
worttelegramm des Kommandeurs hier ein, in dem
dieser folgendes ausführte: „Nach meinem pflicht-
gemäßen Ermessen ist Truppenverminderung auf
6000 Köpfe bis Ende März 1907 unmöglich, ohne
ernstliche Gefährdung bisheriger Resultate. Außer
16400 Gefangenen, deren Waffen nicht sämtlich er-
beutet, deren Freiheitsdrang nicht erloschen, sind
rund 15000 Farbige im besetzten Schutzgebiet,
ohne Bergamara und Buschleute, zum Teil noch in
Stammesorganisation und beritten; an Grenze
der Siedlungsgebiete: etwa 3000 auf britische Ge-
biet übergetretene, im Nordosten an Zahl unbe-
kannte Hereros, schließlich noch die Ovambos. Mit
8000 ist daher Truppenstärke schon auf das Un-
erlässliche bemessen. Festhalten dieser Zahl notwendig,
auch wenn Bondelzwards unterworfen,
weil Befriedung und Wirtschaftsbetrieb nur gesichert,
wo Erstfickung jedes Aufstehens des Aufstandes
durch Bereitschaft Truppe gesichert. Wie Entwid-
lung gehen und demgemäß Truppenverminderung
möglich wird, kann noch nicht beurteilt werden.“
— Mit der Veröffentlichung dieses Telegramms
hoffen wir nun endlich das Gerübe der sozialdemo-
kratischen Presse über eine Irreführung des Reichs-
tags erledigt zu haben.

Aus dem Reiche.

Der „Mauerkrak“ am Zentrumsturme.

Wie schon kurz berichtet, ist auch in Dan-
bräu-Witburg, dem Wahlkreise des Herrn
Dasbach, gegen diesen ein kartholischer Kan-
didat aufgestellt worden, der in religiösen Fragen
auf dem Boden des Zentrums steht. Der Wahlsau-